

Eine französisch-deutsche Tagung
Soziale Stadt
der
Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg am 7. Februar 2004 in Freiburg

III. BürgerInnenbeteiligung

Einführung

Beate Blank, empowerment consulting®, Stuttgart

Chancen und Probleme von BürgerInnenbeteiligung

Es gibt heute keinen Zweifel mehr, dass die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung ihres Lebensraums große **Chancen** für das Gemeinwesen und die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft beinhalten.

Davon zeugt die Arbeit vieler Bürgerinitiativen seit den 70er Jahren. Dass es sogar sozusagen programmatisch „verordnete“ Beteiligungsprozesse in ganzen Gemeinwesen gibt, dies zeigen seit 1999 viele Beispiele aus dem Bund-Länderprogramm „Soziale Stadt“ und ihrer Begleitprogramme zur Förderung der nicht-investiven Maßnahmen. **BürgerInnenbeteiligung als Handlungsmaxime – ist das „Herzstück“ der Programmatik.** Das begleitende Deutsche Institut für Urbanistik, die Stiftung SPI (Sozialpädagogisches Institut) und ihr Bundesmodellprogramm Entwicklung und Chancen junger Menschen (E&C) verstehen es auf besondere Weise, die Akteure zusammenzuführen und multiplikativ zu wirken. So voneinander und miteinander lernend, von „good practice“ in Quartieren und ländlichen Regionen in den alten **und** neuen Bundesländern, erlebe ich diese Prozesse als etwas ganz Wichtiges in dieser Zeit des Umbruchs und gesellschaftlichen Wandels.

Denn indem vor Ort ganz praktisch und mit partizipativen Methoden des Planens und Gestaltens BürgerInnenbeteiligung in den Quartieren gelebt wird, wird mit Engagement, Kreativität und Beharrlichkeit eine positive Perspektive in Blick genommen, welche das gesamte Gemeinwesen automatisch mitbeeinflusst: Und es geht doch! Ist die Botschaft. **Negative Images von Quartieren mit „besonderem Erneuerungsbedarf“ können sich umkehren**, die einzelne Frau, der einzelne Mann kann erleben, wie sie / wie er mitgestalten kann; Kinder und Jugendliche werden (sozialisiert), aus-gebildet für ein komplexes Miteinander der Gegenwart und Zukunft.

Und schließlich lernen wir übers Internet, wie die anderen ihr Quartier in Frankreich oder Brasilien neu gestalten und wir können uns mit ihnen unmittelbar austauschen. Alle diese Zentren sind **Knotenpunkte lebendigen Mitgestaltens der eigenen Lebenswelt.** Sie **wirken selbstverstärkend regional und global.** Darin liegt derzeit zurecht eine gewisse Aufbruchstimmung begründet.

Der von dem heiligen Augustinus vor 1600 Jahren geprägte Satz: „Städte bestehen nicht nur aus Straßen und Häuser – sondern aus Menschen und ihren Hoffnungen“, scheint von den Verantwortlichen in Politik und Verwaltungen zunehmend verstanden zu werden. Stuttgarts OB Dr. Schuster sagte anlässlich des Forums,

Zukunft der Stadt, im Januar diesen Jahres: „Für mich ist Stadt nicht nur Häuser und Straßen, sondern Kommune, das heißt Gemeinschaft. **Wir sind als Kommune nicht nur Dienstleister für unsere Kunden, sondern auch Gestalter von Teilhabe.** Die Gemeinschaft ist nicht Kunde allein, sondern auch Teilhaber, Mitbesitzer.“

Doch stimmt das Bild der Kommune als „Gestalter von Teilhabe“ mit der Wirklichkeit, dem Alltag der BürgerInnenbeteiligung überein?

Wie sieht es vor Ort aus mit der Durchsetzung des Bürgerwillens in den Lokale Agenda Prozessen?

Dient die überzeugende Programmatik der „Sozialen Stadt“ und von Vorzeigeprojekten nicht mehr der kommunalen Imagepflege und der Akquise von Fördermitteln als der tatsächlichen Gestaltung von Teilhabe?

Stehen nicht vor allem die BürgerInnen im Lichte der Öffentlichkeit, die öffentliche Foren eloquent für sich nutzen können?

Neigt Politik derzeit nicht etwas scheinheilig zu Idealisierung und Mystifizierung des mündigen Bürgers als „eigentlicher Experte“ seines Lebens, - verbunden mit der Zuschreibung aller Risiken und Nebenwirkungen - seiner neuen und verordneten Mündigkeit?

Es ist verlockend über all das hinwegsehen, was nicht so gut funktioniert,

- weil BürgerInnenbeteiligung für alle Akteursgruppen auch anstrengend ist,
- weil sie nicht nur die öffentlichen Haushalte entlastet in Form von ehrenamtlichem Engagement und kostenlosen Ideen, sondern
- weil sie auch Mittel zu ihrer Arbeit, zur Aktivierung und Steuerung benötigt. Und
- weil wir Mut, Toleranz und den Willen zur Authentizität brauchen, wenn wir dieses Neuland – diese neuen intermediären Räume – betreten .

Für solches Neuland des Aushandelns von Teilhabeprozesse gibt es keine Vorhersehbarkeit, keine eindeutigen Bündnisse und kein sicheres und immer funktionierendes Instrumentarium.

Solch ein offener Raum ist nicht automatisch ein demokratischer Raum: Sondern dieser muss gemeinsam als solcher geplant und gestaltet werden!

Da mag Mancherorts verständlicherweise erst einmal die Verunsicherung überwiegen. Denn die Hoffnungen „von unten“ verändern althergebrachte Strukturen, die „Versäulungen“ (Löhr) der Verwaltungen mit ihren hierarchisch-linearen Denkstrukturen werden aufgebrochen.

Damit werden zwangsläufig auch die Strukturen der Teilhabe der BürgerInnen an Planungs-, Gestaltungs- und Verteilungsmacht zur Wandlung aufgefordert.

Hierin liegen gegenwärtig die **Chancen und die Risiken** der BürgerInnenbeteiligung.

Was Beteiligung heißt, wird uns klar mit dem Wort „teilen“, das in Beteiligung steckt.

Partizipieren definiert der Duden eindeutig und unmissverständlich: „von etwas, was ein anderer hat, etwas abbekommen.“ **Die Verwaltungen, die Politik kommen also nicht umhin, von ihrer Entscheidungsmacht abzugeben.** Dies ist die eine Seite der Prinzipien des Teilens.

Aber auch die engagierten Bürger müssen teilen, Macht abgeben lernen, insbesondere die, meist immer noch männliche, **Partizipationselite**, zugunsten der Beteiligung von mehr Frauen, von benachteiligten Minderheiten, zugunsten von **zeitlich befristeten und demokratisch legitimierten Sprecherämter.**

Noch nicht in allen Kommunen angekommen ist der Mut zur kreativen Planung und Gestaltung von Teilhabe und die immensen Chancen, die sich damit auftun: etwa die **Chancen, die in der Beteiligung der Kinder und Jugendlichen** liegen, in der Beteiligung von Minderheiten, die der MigrantInnen, die der NutzerInnen sozialer Dienstleistungen ganz allgemein. Und die Chancen, die in einer zielgerichteten Vernetzung all dieser BürgerInnengruppen liegen.

Ausgehend von dem Gesamtbild der vielen Beispiele guter Praxis an BürgerInnenbeteiligung, möchte ich – wie im Zoom einer Filmkamera – einige Aspekte herausnehmen, genauer betrachten und einige **Thesen** formulieren, unter welchen Voraussetzungen die Weiterentwicklung von Teilhabeprozessen gelingen kann:

1. Die Chancen und Probleme zur Weiterentwicklung der BürgerInnenbeteiligung, - sowohl auf der Ebene von Selbstorganisation als auch von Partizipation als konstitutives Merkmal demokratischer Gesellschafts- und Staatsformen -, erkennen wir erst mit einer nüchternen Analyse des gegenwärtigen Ist-Standes. **Basisdemokratische Parallelstrukturen zu den Gremien der parlamentarischen Demokratie sind nicht allorts wirklich erwünscht und entwickeln sich nicht von selbst zu einem konstruktiven Miteinander.**
2. **Klarheit der Rahmenbedingungen der Partizipation**, z.B. baulicher, rechtlicher, finanzieller Art.
3. **Transparenz** und für alle **einforderbare Beteiligungsstrukturen.**

Wie das aussehen kann möchte ich Ihnen am Beispiel von 2 Stadtbezirken in Stuttgart veranschaulichen. Hier wurde gleich zu Beginn der Umsetzung der Stadtteilerneuerung (2000) gemeinsam mit VertreterInnen aller Akteursgruppen eine Organisationsstruktur und Geschäftsordnung erarbeitet. Von der Basis der BürgerInnen bis zur Spitze, dem Gemeinderat, ist der Teilhabeprozess transparent und einforderbar.

Die **Offene Bürgerbeteiligung** in den Stuttgarter Stadtteilen Freiberg und Mönchfeld wurde **als „good practice“** im Bund-Länderprogramm „Soziale Stadt“ ausgezeichnet. Das Forschungsinstitut empirica nannte dafür folgende Gründe:

Alle Projekte haben einen klar definierten Anfangs- und Endzeitpunkt, so dass eine Erfolgskontrolle im Sinne von „realisiert“ oder „nicht realisiert“ möglich wird.

Sowohl die Protokolle als auch die Ergebnisse, das heißt die Maßnahmen- und Projektvorschläge, sind dokumentiert und damit für jeden zugänglich.

Zusätzlich kann die Entstehung einzelner Projekte und Maßnahmen nachvollzogen werden. Die Bürgerinnen und Bürger können sich mit Projekten, die auf ihren Vorschlag zurückgehen, identifizieren. Das Engagement wird damit auch in der Öffentlichkeit gewürdigt. Ganz deutlich wird dabei auch, dass sich der persönliche Einsatz gelohnt hat.

Auch „kleine“ Ideen wurden formuliert und dokumentiert, die unter anderen Umständen niemals realisiert worden wären. Auf diese Art und Weise gelingt es, dass sich die beteiligten Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ideen und Projekten identifizieren können. Die Bürgerbeteiligung erhält dadurch eine ständige Erfolgs- und Wirkungsbestätigung.

*(Aus: empirica, Good Practice in Neubauquartieren. Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt; Bd. 9. Berlin: Difu, 2003, S. 23-28
www.sozialestadt.de/praxisbeispiele/good_practices.)*

4. Teilhabestrukturen dürfen keine „Black box“ sein, sondern müssen in **verständlicher Sprache** für alle Beteiligten transparent gemacht werden, sodass sich alle auf dem Weg des gemeinsamen Lernens begeben können.
5. Dies gilt besonders für das **Empowerment von marginalisierten Bevölkerungsgruppen**. Sie brauchen ein Setting, das ihre Teilhabe möglich macht und ein unverzichtbares Set an materiellen Ressourcen. Nur wer den Kopf frei hat von Sorgen ums tägliche Brot kann sich um seine Selbstverwirklichung, seine Bildung, sozialen Beziehungen kümmern und seine Kinder daran teilhaben lassen.
6. Partizipation ist nicht nur Teilhabe an (Entscheidungs-)Macht, sondern immer auch „**Kampf um Anerkennung**“ (Honneth) aller Beteiligten.
7. Der Kampf um Anerkennung löst in jedem Einzelnen der verschiedenen Akteursgruppen - aber auch in den Interessengruppen selbst - **Ambivalenzkonflikte** aus. Diese müssen in der Planung und Gestaltung von Teilhabeprozessen erkannt und in eine gemeinsame Herstellung von Balancen gesteuert werden.
8. **Teilhabeprozesse sind dann gelungen, wenn die Herstellung von Balancen gelungen ist.** Dazu gehört auch die Wertschätzung eines jeden Teils des Ganzen.
9. Selbstorganisationen sind lernende und lebendige Organismen. Sie brauchen, genauso wie Institutionen, **professionelle Unterstützung** und ein

strategisches Management zu ihrer Organisationsentwicklung und zum Einüben von Teilhabe aller Akteursgruppen (z.B. kommunale Aktionspläne). Mit dieser gemeinsamen Erfahrung kann der Weg in den neuen Raum gemeinsam und mit Spaß an der Verwirklichung des gemeinsamen Ziels beschritten werden.

10. Strukturen von Quartierserneuerung, von „Sozialer Stadt“ / „Sozialer Gemeinde“, sind komplexe Gebilde. Dies ist nicht nur als schwierig zu betrachten. Hierin liegt auch Chance. Denn **Beteiligung kann daher auf vielen Ebenen stattfinden und es lässt sich für jede/n die richtige Aktivität finden**. Diese sollen sich gegenseitig stützen, erneuern und Synergien bilden, damit **ein kreativer und attraktiver Raum entsteht für das Empowerment, für die Selbstermächtigung, aller BürgerInnen**.

Schluss: Von dem vorhin erwähnten Forum Zukunft der Stadt habe ich als Ermutigung mitgenommen, dass wir in Zukunft dringend mehr Toleranz, Talente und Vielfalt brauchen, damit Kreativität entstehen und zum Ausdruck kommen kann. Ohne ein wachsendes soziales und kreatives Potential seien unsere Städte nicht zukunftsfähig. **BürgerInnenbeteiligung in neuen und vielfältigen Formen und in Ergänzung zu den parlamentarischen Gremien und Ritualen gestaltet, ist notwendige Rahmenbedingung für die Gestaltung unserer Zukunft.**